

LINKE MILITANZ

Ein Leitfaden zur Auseinandersetzung





LINKE MILITANZ

**ERSTELLT VON DER BUNDESFACHSTELLE
LINKE MILITANZ**

VORWORT

Seit den Konfrontationen während des G20-Gipfels in Hamburg ist das Thema linke Militanz wieder einmal in aller Munde. Von einer neuen Qualität ist die Rede, von massiver Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gar von „linkem Terror“ wäre Hamburg heimgesucht worden, sagen die einen. Die Bilder der Gewalteskalation seien das Ergebnis einer gewünschten Inszenierung, sagen andere. Alles schon dagewesen, und das in weitaus schlimmeren Ausmaßen, auch diese Position lässt sich finden. Die juristische Klärung wird ohnehin noch eine ganze Weile dauern.

Auch jenseits von Hamburg ist das Themenfeld heftig umkämpft. Während die AfD den Kampf gegen den Linksextremismus etwa in Sachsen-Anhalt mit der Einrichtung einer Enquete-Kommission aufnahm, bedient sich der Verfassungsschutz bei Antifa-Gruppen, um Erkenntnisse über eben jene AfD einzuholen. Während insbesondere im Osten Deutschlands die rechte Gewalt überproportional ansteigt, ist es vielerorts die radikale Linke, die im so beschriebenen gesellschaftlichen Rechtsruck wieder vermehrt die Konfrontation mit der aktuellen rechten Offensive eingeht.

Doch das ist nur die sicherheitspolitische Blickrichtung. Die radikale Linke aber ist auch Bestandteil sozialer Bewegungen in aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen: Da geht es um die Themen Seenotrettung, Enteignung von Wohnraum, Kampf gegen den Rechtsruck, gegen Gentrifizierung und Rassismus.

Das Wissen über linke Militanz ist eben keineswegs so klar, wie es manche glauben machen. Dies gilt einerseits für die emotional aufgeladene politische Debatte über Linksextremismus und Formen linker Gewalt. Und es gilt andererseits auch für die aktuelle wissenschaftliche und pädagogische Auseinandersetzung. Dabei begegnen politische Bildner*innen, Sozialarbeiter*innen, Pädagog*innen und Multiplikator*innen dem Themenbereich immer wieder in der alltäglichen Arbeit.

Häufig ist insbesondere fraglich, wie radikal linkem Denken und Handeln adäquat zu begegnen ist. Gerade für Pädagog*innen und politische Bildner*innen dürfte das Feld der linken Militanz eine schwierige Gratwanderung darstellen. Ihnen fällt die Aufgabe zu, das für eine demokratische Gesellschaft wichtige politische Engagement von Jugendlichen zu fördern, ohne radikale politische Positionen pauschal zu verurteilen. Deshalb bedarf es einer Klärung etwa der folgenden Fragen: Welche Rolle spielt radikale Gesellschaftskritik in einer Demokratie? Welche Gründe etwa für fundamentale Staatskritik führen radikale Linke an? Wann und inwiefern schlägt radikales Denken in gewalttätiges Handeln um?

Für die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld linke Militanz fehlt es bis dato an zielgruppenorientierten Handreichungen, die einen wissenschaftlichen und pädagogischen Überblick liefern. Zudem mangelt es an Diskussionsanregungen für die praktische Arbeit. Die vorliegende Broschüre soll diese Lücke schließen. Sie vermittelt auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zunächst orientierendes Grundlagenwissen. In einem zweiten Schritt liefert sie darüber hinaus Impulse und Anregungen für die praktische Auseinandersetzung mit dem Themenfeld.

Die Autorinnen und Autoren

Göttingen im Juli 2019

INHALT

1. AUSGANGSLAGE	6
2. ZUM ANSATZ DER BROSCHÜRE	10
3. DIE BEGRIFFE: RADIKALE LINKE, LINKE MILITANZ, LINKSEXTREMISMUS	12
4. HISTORISCHE ASPEKTE LINKER MILITANZ IN DEUTSCHLAND	15
5. RECHTLICHE, HISTORISCHE, BEGRIFFLICHE BEISPIELE	25
Rechtsstaatlichkeit im Wandel	25
Der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes 1985	25
Ziviler Ungehorsam	26
Der „Radikalenerlass“ 1972	26
Gewalt und biografische Differenz	28

6. WEITERE DISKUSSIONSTHEMEN	30
„Rechtsextremismus mit Linksextremismus bekämpfen“? – Die Debatte um die Band <i>Feine Sahne Fischfilet</i>	30
Gewalt als „legitimes Mittel“?	33
Freiheitlich-Demokratische Grundordnung und Antikapitalismus	35
7. FORSCHUNGS- UND BERATUNGSSTELLEN / MÖGLICHKEITEN DER WEITERBILDUNG	37
8. EINFÜHRENDE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR	39

Die vorliegende Broschüre wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

1. AUSGANGSLAGE



Was tut die radikale Linke? Woran glaubt sie? Womit beschäftigt sie sich? Wer gehört zu ihr? Nichts davon ist klar, vielleicht am wenigsten die Annahme, es gebe *die* radikale Linke wie einen politischen Club. Auf der einen Seite finden sich dramatische Bedrohungsszenarien nach den Krawallen während des G20-Gipfels in Hamburg im Juli 2017 und stete Mahnungen der Sicherheitsbehörden, den Linksextremismus nicht zu unterschätzen.

Dem gegenüber stehen Krisendiagnosen von Seiten radikal linker Gruppen und Einzelpersonen, welche die eigene Kraftlosigkeit und Handlungslosigkeit beklagen. Gerade im Vergleich zur aufstrebenden, immer hemmungsloser agierenden Rechten entflammen auch die Debatten in der radikalen Linken aufs Neue – auch über die Frage, ob Radikalität im Denken und Handeln nicht gerade jetzt notwendig und an der Zeit sei.

Zu diesem Ohnmachtsempfinden passt auf den ersten Blick die Feststellung einer taz-Redakteurin: „Insgesamt werden in Deutschland knapp 800 Personen als Gefährder geführt. Gut 760 davon in der Kategorie ‚religiöse Ideologie‘, gut 30 in der Kategorie ‚politisch motivierte Kriminalität rechts‘. Unter ‚politisch motivierte Kriminalität links‘ nur zwei Personen.“¹ Auch aktuelle Bedrohungslagen und Fahndungserfolge der Sicherheitsbehörden unterstreichen diesen Eindruck.

Der Prozess gegen den NSU, rechte Aufmärsche in Cottbus, Dresden und Chemnitz, Serien von rechten Drohmails, rechtsextreme Chatinhalte bei Polizeibehörden, das Ausheben rechter Terrorgruppen, die Ermittlungen in rechts-extremen Netzwerken, der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, sie alle legen nahe, der größte Handlungsdruck bestehe derzeit im Feld des

¹ Gürgen, Malene: Lebenslang gefährlich, in: die tageszeitung, 01./02.12.2018.

Rechtsextremismus. Auch der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer benannte jüngst Rechtsextremismus als „größtes Problem in Sachsen“.²

Zugleich aber konstatieren Verfassungsschützer seit dem G8-Treffen in Heiligendamm im Jahr 2007 „eine wachsende Militanz in der gewaltbereiten linken Protestszene“³. Sie sprechen von „Linksextremen“ als einer vergleichbaren, eben von der Gegenseite kommenden, Gefahr. Das machen sich auch politische Akteure zunutze, die im Netz gegen „Linksextreme“ wettern und dabei Realität und Emotion in oftmals kaum entwirrbarer Weise vermischen.

So nutzt etwa die AfD den Linksextremismus-Vorwurf, um selbst die Sozialdemokratie als „Extremisten“ zu brandmarken. Linksextremismus als politische Kampfformel lässt sich aber auch in anderen Parteien finden. Die Debatten um Auftritte der Band *Feine Sahne Fischfilet* in Chem-

nitz im Nachgang rechter Aufmärsche oder im Dessauer Bauhaus veranlasste etwa die CDU-Vorsitzende Anneliese Kramp-Karrenbauer zu schroffer Extremisten-Schelte. Sie sparte auch nicht mit Kritik am Bundespräsidenten Steinmeier, der den Auftritt der Band unterstützte – und verwies darauf, dass *Feine Sahne Fischfilet* eine Zeitlang ins Visier des Verfassungsschutzes geraten waren.

Kontrovers verlief auch die im Kurznachrichtendienst Twitter ausgelöste Debatte um den Hashtag #Nazisraus. Auf der einen Seite standen jene – nicht nur radikale Linke –, die die Frage nach der Selbstverständlichkeit des Antifaschismus unbedingt befürworteten. Kritiker des Hashtags warnten hingegen umgehend vor „der Antifa“ als einer uniformen „linksextremen Gruppierung“, auch vor „sprachlicher Verrohung“, die dem „möglicherweise grundgesetzwidrigen“ „Kampfbegriff“ #Nazisraus innewohne.



² O.V.: Kretschmer: Rechtsextremismus ist größtes Problem Sachsens, in: mdr.de, 14.04.2019, URL: <https://www.mdr.de/sachsen/kretschmer-sachsen-rechtsextremismus-demokratie-100.html>.

³ Ustorf, Anne-Ev: Gewaltbereite Bürgerkinder, in: Psychologie heute, H.4/2013, S. 66

Kurzum: Auf der Straße, im Netz, ja überall im politischen Diskurs ist eine Polarisierung zu beobachten. Gesellschaftliche Konflikte scheinen sich derzeit zu verschärfen. Das gibt vielen Menschen Anlass zur Sorge.



Aber sind Konflikte nicht immer auch Bestandteil demokratischer Aushandlungsprozesse gewesen? Und hatte es nicht schon vor Jahrzehnten deutlich heftigere Auseinandersetzungen gegeben, als über Gefährdungslagen durch linken Radikalismus diskutiert wurde? Hier lohnt sich ein Blick auf den RAF-Terror und die heftigen Anti-AKW-Kämpfe in den 1970er und 1980er Jahren.



So manches Urteil in der Debatte um Linke Militanz scheint überzogen, politisiert und aus dem Kontext gerissen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass wir es ignorieren können, wenn Gewalt politisch gerechtfertigt wird.

Es kann und darf aber auch nicht alles, was aufseiten der radikalen Linken diskutiert wird, allein mit sicherheitspolitischer Brille gelesen und potentiell Gewalthandeln unterstellt werden. Der Rahmen, in dem radikales linkes Denken und Handeln stattfindet, muss deshalb in zweifacher Hinsicht rückgekoppelt werden: Zum einen mit den doch sehr weitgehenden verbürgten Rechten des Grundgesetzes. Zum anderen mit der lebenswichtigen Funktion von Meinungskonflikten und Interessengegensätzen in Demokratien. Ein großer liberaler Denker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts brachte es auf den Punkt:



„LIBERALE DEMOKRATIE IST REGIERUNG DURCH KONFLIKT.“⁴

Die demokratische Qualität, Konflikte austragen zu können und zu dürfen, trennt liberale Demokratien von autoritären Regimen. Konflikte schützen sie vor Erstarrung, ihnen verdanken sie ihre Reformfähigkeit und letztlich Stabilität. Eine liberale Demokratie muss insofern zum eigenen Nutzen, wenn man so will, streitbar bleiben und sich auch von Kritik der radikalen Linken herausfordern lassen. Wie der Staat mit diesen Konflikten umgeht, inwieweit die radikale Linke fähig ist, ihre Themen einzuspeisen und in welchem Rahmen dies stattfindet, bleibt eine dauerhafte Herausforderung für alle beteiligten Akteure. Hier gibt es kein einfaches Rezept.

Differenziertes
BILD DER
LINKEN MILITANZ

⁴ Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S.174.

2. ZUM ANSATZ DER BROSCHÜRE

Als Autoren und Autorinnen dieser Broschüre wollen wir auf unterschiedlichen Wegen versuchen, die Auseinandersetzung um das Themenfeld linke Militanz zu versachlichen – dabei immer im Bemühen, ein differenziertes Bild linker Militanz zu zeichnen, ohne an der medialen und politischen Erregung teilzunehmen. Das ist angesichts der vorherrschenden Verhärtungen dringend geboten.

Allerdings: Heftige politische und mediale Reaktionen bieten reichhaltiges Material für eine engagierte Auseinandersetzung. Deshalb wird sich die Broschüre beidem widmen: einem Wissensansatz und einem Diskussionsansatz. Dafür wird zunächst ein Fundament geschaffen, auf dem Versachlichung, Sensibilisierung und Einschätzung aufbauen können: Zum einen werden, einleitend und in der gebotenen Kürze, Begriffe, Geschichte und Weltbilder vorgestellt. Zum anderen werden Beispiele, Möglichkeiten, Grenzen und Dilemma-Situationen aufgezeigt, die in Diskussionen praktisch genutzt werden können.

Natürlich müssen wir uns in einer Hinsicht stets einschränken: Radikalismus im Denken und Handeln braucht Grenzen. Zwar besitzen deren Überschreitungen nur in den seltensten Fällen das staatsgefährdende Maß, das ihnen unterstellt wird. Aber das Thematisieren von Sinn, Zweck und Berechtigung von Grenzen bleibt für demokratische Konflikte wichtig, ganz besonders in puncto Gewalt.

Wie unsere Praxisbeispiele zeigen werden, spielt insbesondere die Grauzone zur Gewalt eine wichtige Rolle im Themenfeld linker Militanz. Sie dient bisweilen als Antrieb, als Hemmnis, als Kulisse, als Selbstverständnis, als historisches Hintergrundrauschen, als Immunisierung gegen Kritik, oder als Zeichen von Radikalität. Für manche gilt sie als rote Linie linker Kritik, für andere stellt sie gerade die Schwelle dar, die man bewusst übertreten muss. Für Aktivisten ist dabei immer wieder zentral, dass sie immer wieder Grenzen des demokratischen Prozesses infrage stellen, die ihrer Vorstellung einer besseren Gesellschaft im Wege stehen.

Aber es geht nicht immer um Gewalt. Das Wechselspiel von Möglichkeiten und Grenzen, das Aushandeln von Grauzonen, auch das Verstricken in Dilemma-Situationen sind geradezu der Schlüssel zum Verständnis linker Militanz. Während dem Rechtsextremismus die generelle Ablehnung der universalen Menschenwürde eingeschrieben ist, wohnt linker Militanz keine derart generalisierte menschenfeindliche Grundhaltung inne. Im Gegenteil: Radikal linke Kritik versteht sich oft als wahre Anwältin der Menschenrechte. Die radikal linken Forderungen nach einem Mehr an Gleichheit stimmen mit den Grundsätzen der liberalen Demokratie prinzipiell überein. Dieser Graubereich wird den roten Faden der Broschüre bilden.

Prävention ist insofern immer ein zweiseitiges Schwert. Wo diese einsetzen sollte und wo diese sich verbietet, dafür gibt es keine klare Demarkationslinie. Deshalb plädieren wir für ein intensives Nachdenken über Formen und Ansätze möglicher Sekundärprävention, die wir im Folgenden verdeutlichen wollen. Denn gerade im Bereich der linken Militanz sollte der Diskurs über die Dilemma-Situationen zwischen legaler Kritik an staatlichem Handeln, dem illegalen Verstoß gegen Gesetze und dem breiten Graubereich dazwischen geführt werden.

Eine auf Fachwissen gestützte Kontroverse ist der Weg, den wir mit der vorliegenden Broschüre aufzeigen wollen. Anhand konkreter Beispiele soll zum einen der Dialog mit linksaffinen Jugendlichen eröffnet werden. Zum anderen sollen zugleich Grenzen und Geländer benannt werden, innerhalb derer radikales linkes Denken und Handeln agieren kann, darf, ja soll und wo ziviler Ungehorsam und Ordnungswidrigkeiten in Straftatbestände übergehen, wo gar Grundrechte tangiert werden könnten. Dabei gilt es, Debatten auf Augenhöhe zu führen, der prinzipiellen Offenheit von Argumentationsmustern adäquat zu begegnen und Überwältigung unbedingt zu verhindern.

3. DIE BEGRIFFE: RADIKALE LINKE, LINKE MILITANZ, LINKSEXTREMISMUS

Eine sinnvolle Auseinandersetzung mit dem Themenfeld braucht eine möglichst klare sprachliche Bestimmung und Abgrenzung, weshalb hier kurz auf die unterschiedlichen Begriffe, Konzepte und Annahmen eingegangen wird. Dabei muss sensibilisiert werden für die bisweilen beobachtete zunehmende Verwischung von pädagogischer Arbeit und staatlichen Sicherheitsdiskursen. Die Trennung beider Komplexe ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass konkrete Jugendarbeit nicht ins Hintertreffen gerät. Auch deshalb sollte der Blick zwingend über die doch sehr deutsche Debatte hinausreichen und auch begriffliche Bestimmungen mindestens im europäischen Raum integrieren.

Radikale Linke, linke Militanz, Linksextremismus – alle drei Begriffe eint, dass sie Gruppen, Personen und Bestrebungen bezeichnen, die sich mit linken Motiven gegen das bestehende wirtschaftliche und politische System stellen. Sie artikulieren eine grundlegende Kritik an den Herrschaftsverhältnissen und der Eigentumsordnung.

Der Begriff der *Radikalen Linken* (oder auch des *Linksradikalismus*) stellt eine Selbstbeschreibung dar. Er bezeichnet politisch aktive Personen oder Gruppen, die sich auf die Tradition und das Vokabular verschiedener Bewegungen und Theorien berufen, welche auf die Herstellung gleicher und freier menschlicher Lebensverhältnisse (= Emanzipation) zielen. Zu ihnen zählen historische und aktuelle Befreiungsbewegungen wie der Marxismus-Leninismus, der Anarchismus, globalisierungskritische Bewegungen uvm. linker Radikalismus drückt sich in rhetorischen Stilen und Haltungen, aber auch in Symbolen und Ritualen aus – so etwa in Slogans, aber auch in Gestalt anspruchsvoller Theorien. Und linker Radikalismus lehnt oftmals etablierte Praktiken des Dialogs und des Kompromisses ab. Er kann als Taktik, Strategie und Methode interpretiert werden, als Sammelbegriff für die Mittel, mit denen das Ziel einer „radikaleren“, freieren und gleicheren Gesellschaftsordnung erreicht werden soll.

Der Begriff linke Militanz, ebenfalls eine Selbstbeschreibung, bezeichnet einen spezifischen linksradikalen Habitus mit dem Ziel a) kämpferischen (aber nicht zwangsläufig gewalttätigen), b) tatorientierten Handelns im Sinne c) linksradikaler Absichten und Ziele. Der Ort linker Militanz ist der öffentliche Raum, oft auch die Straße; linke Militanz richtet sich als Haltung gegen Theorie, gegen das Unentschlossene, Halbherzige, das Sowohl-als-auch. Militanz zielt gleichermaßen radikal auf das Grundsätzliche, auf Geschlossenheit und auf Abgrenzung nach außen.

Der Begriff des *Linksextremismus* hingegen ist eine Fremdzuschreibung. Er stellt einerseits den Gegensatz zum demokratischen Verfassungsstaat dar, den Extremismustheoretiker durch folgende Merkmale kennzeichnen: *Gewaltenteilung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Volkssouveränität*. Andererseits zeichne sich der Linksextremismus aus durch: *Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus*. Der Extremismusbegriff bezeichnet zunächst die politische Verortung am Rand des politischen Spektrums, so weit als möglich entfernt von der gesellschaftlichen Mitte. Das ist keineswegs unproblematisch, da er suggeriert, „dass es eine verfassungsbejahende politische Mitte gibt und davon weit entfernt an den Rändern siedelnde Positionen sich entsprechend in Gegnerschaft zum Grundgesetz befinden“ (Wolfgang Kraushaar). Zudem interessiert ihn an seinem Untersuchungsgegenstand nur, inwiefern er eine sicherheitspolitische Gefährdung darstellt.

Radikale Linke und linke Militanz sind also Begriffe, die mit dem Selbstverständnis der so bezeichneten Personen und Gruppen übereinstimmen. Der Begriff des Linksextremismus hingegen enthält eine sicherheitspolitische Verengung und ist daher weder für die demokratische Auseinandersetzung noch für die pädagogische Arbeit geeignet.

DISKUSSIONSFRAGEN

- A) SIND LINKSRADIKALE IMMER AUCH LINKSMILITANTE? SETZT LINKE MILITANZ LINKEN RADIKALISMUS VORAUS?
- B) WIE SIEHT EIN „GESCHLOSSEN LINKSEXTREMES WELTBILD“ EIGENTLICH AUS BZW. GIBT ES DAS?
- C) WELCHER BEGRIFF BIETET SICH – AUCH MIT BLICK AUF ANDERE LÄNDER – ALTERNATIV ZU DEN GENANNTEN?

WEITERLESEN

Gmeiner, Jens / Micus, Matthias: Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in Demokratie-Dialog, H. 2/2018.

Micus, Matthias / Riedl, Jonathan: Der blinde Fleck des Extremismus (-Begriffes) Überlegungen zu einer möglichen Alternative, in: Demokratie-Dialog, H. 1/2017, S. 16–22.

Schuhmacher, Nils: Linke Militanz – Inhalte, Dynamiken und Etikettierungen von Moralunternehmerschaft. Schriftliche Fassung des gleichlautenden Vortrags, gehalten auf dem Fachaustausch im Themenfeld linke Militanz im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ am 19.9.2016 in Berlin.

4. HISTORISCHE ASPEKTE LINKER MILITANZ IN DEUTSCHLAND

Das komplexe Phänomen linke Militanz findet sich bereits bei Karl Marx, welcher in Gewalt ein legitimes Mittel antistaatlichen Handelns sah: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht“ (Das Kapital). War Gewalt bei Marx ein mögliches Mittel, machte Lenin daraus eine Notwendigkeit zur Überwindung der bestehenden Verhältnisse. So ist Militanz linksradikalen Bewegungen von Anfang an eingeschrieben. Sie wird hier verstanden als gewalttätiges Handeln, das auf einer radikalen persönlichen Einstellung gründet. Zwar folgt militantes Handeln nicht zwangsläufig einer linken radikalen Einstellung, jedoch setzt jenes diese voraus.

Linke Militanz ist untrennbar verbunden mit der Gewaltgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Jugendkrawalle in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre oder die „Schwabinger Krawalle“ 1962 waren Auseinandersetzungen zwischen jugendlicher Rock 'n' Roll-Subkultur und staatlichen Ordnungskräften, welche an der rechtsstaatlichen Grenze und überaus repressiv agierten. Nach diesen Vorboten schleichender Gewalt eskalation und zunehmender Gewalterfahrungen (auch in medialer Hinsicht) stellte die Ermordung Benno Ohnesorgs durch einen Berliner Polizisten am 2. Juni 1967 während des Schah-Besuchs in Berlin das Initiationsmoment linker Gewalt im folgenden Jahrzehnt dar.



Auf Seiten der in der Folge erstarkenden deutschen Studentenbewegung war es nicht zuletzt Rudi Dutschke, intellektueller Kopf des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), der sich durch die kubanische Revolution inspirieren ließ und Vorstellungen konkreten Gewalthandelns („Stadtguerilla“) in Teilen der deutschen Studentenbewegung salonfähig machte. Die dieserart zunehmend akzeptierte Möglichkeit der Gewalt zunächst nur gegen Sachen war dann schon nicht mehr nur Protest, sondern bereits potenzieller militanter Widerstand. Wenngleich vor demselben Hintergrund entstanden, ist der mörderische RAF-Terror kategorisch von linker Militanz zu trennen.

Aus der zerfallenden Studentenbewegung gingen zwei in den 1970er Jahren einflussreiche linke Gruppen hervor: die *Spontis* – militant, aber nicht terroristisch – agierten primär auf dem Aktionsfeld des *Häuserkampfes*. Ihre Bevorzugung von



direkten Aktionen und ad-hoc-Gewalt sowie ihre Konsensunwilligkeit ist geradezu paradigmatisch für linke Militanz. In fast jeder Hinsicht konträr zu den *Spontis* verhielten sich die *K-Gruppen*, die streng durchorganisiert und stark theoretisch fokussiert waren. Sie verfügten über strenge

Disziplinierungsmechanismen, die Gewaltaktionen, insbesondere im Stile der für linke Militanz typischen „Propaganda der Tat“, von vornherein unterbanden.

Die Autonomen

„Die Autonomen“ als eigenständige linksradikale Bewegung gibt es seit Anfang der 1980er Jahre. Als Entstehungskontext werden im Westen die Anti-AKW-Proteste und besonders die Häuserkampf Bewegung angeführt, aus deren besonders un-nachgiebigen und gewaltbereiten Teilen sie sich herauskristallisierten.

Obwohl anarchistische, marxistische, radikalfeministische, aber auch libertäre Einflüsse offenkundig sind, gibt es keine geschlossene Ideologie der oftmals sogar

als theoriefeindlich bezeichneten Autonomen. Trotzdem lassen sich ein paar Kernüberzeugungen umreißen: Eigenverantwortlichkeit – bei Zurückweisung des Konkurrenzprinzips – und Selbstbestimmung wird eine große Bedeutung beigemessen. Bereits an die Fortentwicklung der eigenen Persönlichkeit wie auch die bewusste Gestaltung des Alltags werden hohe moralische Anforderungen gestellt. Die Trennung von privater und politischer Sphäre gilt als aufgehoben. Hinter der aus feministischen Traditionen übernommenen Formel der „Politik der ersten Person“ verbirgt sich die Vorstellung, subjektive Bedürfnisse zum Ausgangspunkt für politisches Handeln zu nehmen sowie die Ablehnung von Stellvertretern und Repräsentanten der eigenen Politik.



Gegenüber der Organisation kollektiven Handelns herrscht eine ebenso große Skepsis wie gegenüber hierarchischen Strukturen von politischen Parteien und staatlichen Institutionen, denn diese führen aus autonomer Perspektive zwangsläufig zur Konzentration von Macht. Stattdessen ist es die im Lokalen verwurzelte Kleingruppe, in der Gleichgesinnte meist auf der Grundlage thematischer Fokussierung (bspw. Antifa) und nicht selten entlang innerautonomer Konfliktlinien (s. u.) zusammenfinden. Zumindest der Idee zufolge ist die Gruppe, die oftmals mit dem persönlichen Freundeskreis zusammenfällt, hierarchiefrei; Entscheidungen werden im Konsens gefällt. Dass Außenstehenden keine autonomen Wortführer*innen bekannt sind und sich Autonome in der Regel nur anonym öffentlich äußern, erklärt sich sowohl durch die bewusste Entscheidung, keine Einzelpersonen hervorzuheben als auch durch das Bemühen, Strafverfolgungs- und Staatsschutzorganen keine Ansatzpunkte zu liefern. Schließlich wird die gesamte bestehende Wirtschafts- und Staatsordnung als repressiv, ausbeutend und gegen Selbstbestimmung gerichtet abgelehnt und auf deren revolutionäre Überwindung hingewirkt.

Aus autonomer Sicht ist der Mensch in der Gegenwartsgesellschaft mehreren miteinander verwobenen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen unterworfen,



etwa durch Lohnarbeit oder durch in breiten Bevölkerungsteilen grassierende rassistische und sexistische Einstellungen. Zwar gehen Autonome aktiv gegen von ihnen identifizierte Missstände vor, doch gilt die Gesellschaft insgesamt als nicht reformierbar. Überhaupt ist die Identität der Autonomen in besonderem Maße durch Anti-Haltungen geprägt: Anti-AKW, Anti-Rassismus, Anti-Faschismus, Anti-Militarismus, Anti-Repression (Kampf gegen Unterdrückung durch Staatsorgane) und Anti-Globalisierung sowie der Kampf gegen patriarchalische Strukturen als zentrale Themenfelder autonomer Aktivitäten zeugen davon.

Oftmals können Autonome selbst nicht genau sagen, welche konkreten Ziele sie mit ihren Anti-Aktionen verfolgen. Bei der Blockierung einer Neonazi-Demonstration oder eines AfD-Parteitags mag das Ziel, die Veranstaltung zu verhindern, klar vor Augen liegen, bei Protesten gegen internationale Wirtschaftsgipfel hingegen ist die Sache weniger eindeutig. Geht es darum, gesellschaftliches Problembewusstsein zu erzeugen? Oder radikale Mitstreiter zu gewinnen? Oder gar nur darum, die eigene widerständige Identität durch destruktives Gewalthandeln symbolisch zum Ausdruck zu bringen? Derartige Fragen werden in der heterogenen Szene selbst kontrovers diskutiert. Während sich autonome Gewalt – so der eigene Anspruch – primär gegen Sachen richtet, wird Gewalt gegen Menschen grundsätzlich kritisch gesehen. In zwei Zusammenhängen wird sie allerdings als möglicherweise zu rechtfertigen betrachtet: im Kampf gegen Rechtsextreme und in der Auseinandersetzung mit der Polizei, der Personifikation des unterdrückenden Staates. In beiden Fällen begreifen Autonome ihre eigene Gewalt als Gegengewalt.



Das Beispiel des Hamburger G-20 Gipfels 2017 eignet sich gut, um einige Facetten des Gewaltdiskurses zu illustrieren: Nachdem von autonomer Seite angekündigt worden war, den Gipfel stören zu wollen, wurde die massive Polizeipräsenz trotzdem als Beleg für einen repressiven Staat gewertet. Die Ausschreitungen im Schanzenviertel und andernorts wurden sceneintern von den einen positiv bewertet und als Ausdruck linksradikaler Gegenmacht zum „Riot“ verklärt, der zeige, dass die Macht des Staates gebrochen werden könne.

Andere wiederum beklagen, die Gewalt habe sich vorwiegend negativ ausgewirkt. Sie habe der radikalen linken Kritik keine neuen Sympathien eingebracht, Empörung über die Grundrechtsverletzungen der Sicherheitsbehörden sei im Schatten der linken Gewalt ausgeblieben und ihren Positionen hätten die Autonomen insgesamt so nicht mehr, sondern weniger Gehör verschafft. Trotzdem: Nach außen bemühen sich die Autonomen um Geschlossenheit und stellen sich vor die gewalttätigen Genossen, auch wenn sie deren Protestmittel kritisch sehen. Es gibt also durchaus einen Grundimpuls zur Solidarität, da sich die Szene nicht von außen spalten lassen will.



Spätestens seit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm zeichnet sich eine Tendenz zu verbindlicheren Zusammenschlüssen ab. Ausgehend von selbstkritischen Analysen der eigenen gesellschaftlichen Irrelevanz entstanden aus dem Spektrum der Autonomen mit der Interventionistischen Linken (IL) und ...Ums Ganze! – Kommunistisches Bündnis (uG) zwei überregionale Strukturen. Sie brechen mit einigen Prinzipien der Autonomen, um die Isoliertheit linker Szenen zu überwinden und streben nach Bündnissen mit sceneexternen Akteuren. Für sie hat sich der Begriff „Postautonome“ als Etikett durchgesetzt.

Der zentrale Konflikt innerhalb der radikalen Linken der Gegenwart, der sich auch durch die Szene der Autonomen in Ost und West, besonders stark etwa in Leipzig,

zieht, ist derjenige zwischen den sogenannten „Antiimperialisten“ und „Antideutschen“. Zentraler Streitpunkt ist die Haltung zum Nahostkonflikt. Während die anti-imperialistische Perspektive Israel als imperialistischen Aggressor gegenüber den Palästinensern betrachtet und eine Solidarisierung mit diesen verlangt, sehen Antideutsche in Israel die Schutzmacht der weltweit von antisemitischer Verfolgung bedrohten Juden und fordern deshalb eine bedingungslose Unterstützung des jüdischen Staates.



⁵ AK Wantok (Hg.): Perspektiven Autonomer Politik, Münster 2010, S. 11.

Antifa Ost – eine andere Geschichte

Einigermaßen gesichert und unumstritten ist, dass dem zunächst mythologisch aufgeladenen, weitgehend verordneten Antifaschismus als Staatsdoktrin im Anfang der DDR ein entlastendes Element innewohnte. Er fungierte, neben der legitimatorischen Absicherung der neuen Machthaber, vor allem als Angebot an all jene nicht von der Entnazifizierung betroffenen „kleinen“ Nazis und Mitläufer⁶, die nun „die Chance [bekamen] auf die antifaschistische Seite überzuwechseln“.⁷ Ein solches Angebot bedurfte gleichwohl einer ständigen Rückversicherung, was in der DDR durchweg zu einer Ritualisierung des antifaschistischen Selbstbildes führte, welches zwar anfänglich „alte und neue Antifaschisten“⁸, also jene vom Hitler-Regime verfolgten Kommunisten mit den per Integrationsangebot geläuterten überzeugten Hitler-Anhänger und Anhängerinnen, zu verbinden vermochte. Allerdings zerstörte der ritualisierte Antifaschismus zum einen durch die ständige Ausrufung faschistischer Zustände, zum anderen durch das tatsächliche Ignorieren fremdenfeindlicher Ausschreitungen in der ausgehenden DDR, über die Jahre den Glauben an die Plausibilität des antifaschistischen Kampfes in der DDR. Die weitgehende staatliche (und staatsicherheitliche) Blindheit gegenüber der neuaufkommenden realen Bedrohung durch junge Nazis in der ausgehenden DDR, in der sich, so Jesse, „die merkwürdig Paradoxie [ergab], dass der ‚Antifaschismus‘ von oben einen ‚Faschismus‘ von unten begünstigt“⁹ habe, zementierte spätestens mit dem nicht aus der Öffentlichkeit zu verdrängenden Überfall von Skin-Heads auf die Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987 die Zweifel an der Wirksamkeit des antifaschistischen Selbstbildes der DDR.¹⁰

⁶ Jens Gieseke kommt zu dem Urteil, dass sich beim Blick auf die der DDR-Gesellschaft „in viel stärkerem Maße als bislang reflektiert eine subkutan postfaschistische Gesellschaft zeigt.“, Gieseke, Jens: Antifaschistischer Staat und postfaschistische Gesellschaft. Die DDR, das MfS und die NS-Täter, in: Historical Social Research, 35 (4), 2010, S. 79–94, hier S. 91f.

⁷ Leo, Anette: Antifaschismus, in: Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 30–42, hier S. 39.

⁸ Ebd.

⁹ Jesse, Eckhard: Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln 2015, S. 98.

¹⁰ Der Glaube, dass „im Unterschied zur BRD [...] im sozialistischen deutschen Staat der Faschismus mit allen seinen Wurzeln, mit Stumpf und Stiel ausgerottet [wurde]“ (DDR-Auslandspresseagentur 1989, zit. nach Haag, Hanna u. a. (Hg.), Volkseigenes Erinnern. Die DDR im sozialen Gedächtnis, Wiesbaden 2017, S. 69.



Ursprünglich auch auf westliche Einflüsse zurückgehend¹¹, etablierte sich in den frühen achtziger Jahren, auch durch die Kontakte zur West-Berliner Naziszene, von Ost-Berlin ausgehend die Skin-Head-Kultur in den Fußballstadien der Republik. Dabei zeigte sich bei den Sicherheitsorganen der DDR, neben der Überforderung durch dieses Phänomen, eine gewisse politische Blindheit gegenüber rechtsradikalen Erscheinungen in den

vermeintlich antifaschistischen Stadien. Allzu oft fälschte die Staatssicherheit die Fallzahlen, weil sie machtlos blieb (und wohl auch bleiben sollte) gegen die Ausbreitung der Neonazis, ausgerechnet beim Vorzeigeklub BFC Dynamo Berlin. Bezüglich des Zeigens des Hitlergrußes oder antisemitischer Gesänge wurden Täter jedenfalls „nur selten identifiziert bzw. strafrechtlich verfolgt“, und wenn doch, so „wurden die meisten Strafen [...] für das Delikt Körperverletzung verhängt; zudem finden sich Taten, bei denen ‚Rowdytum‘ (§ 215 StGB der DDR), ‚Widerstand gegen staatliche Maßnahmen‘, ‚Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit‘ und ‚Öffentliche Herabwürdigung‘ geahndet wurden“.¹² Der im StGB der DDR in § 92 ebenfalls existente Straftatbestand „Faschistische Propaganda, Völker- und Rassenhetze“ wurde hingegen eher selten angewendet. Kurzum: die ausgehende DDR hatte ein größer werdendes Neonazi-Problem. Gerade das Entstehen eines organisierten, staatsunabhängigen Antifaschismus in der DDR, die Gründung erster Antifa-Gruppen folgte Entwicklungspfad, die sich vielfach deutlich von westlichen Pfaden unterschieden, mit langer Fortdauer bis heute.

¹¹ Danyel, Jürgen: Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur, Potsdam 2003, S. 28.

¹² Lorke, Christoph: „Ungehindert abreagieren“. Hooliganismus in der späten DDR im Spannungsfeld von Anstandsnormen, Sozialdisziplinierung und gesellschaftlichen Randlagen, in: Deutschland Archiv, 03.05.2012, URL: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/135223/hooliganismus-in-der-ddr>.

Die ostdeutsche Eigengeschichte ist also geprägt von einer zunächst und schon zu DDR-Zeiten entstandenen „aufgezwungenen Selbstverteidigung“ in Zeiten eines pulverisierten staatlichen Antifaschismus-Mythos, die allmählich zum Kampf um Gegenmacht wurde. „Militant“, so Benjamin Paul-Siewert und Christin Jähncke, wurde das „Gewaltverständnis als Reaktion auf die Militanz der Neonazis“, während die „theoretisch-politische Programmatik dahinter“ weitgehend „fragmentiert“ blieb.¹³ Auch und schließlich der Kampf darum, wem „die Stadt“ gehöre, ebenso übertragbar auf „das Land“, ist eine der wesentlichen Antriebspunkte linker Militanz im Osten bis heute. Mit dem Aufschwung von PEGIDA und AfD, rechtsextremistischen Identitären und dem Aufflammen rechtsradikaler Gewalt im Osten wurde ein Verständnis reaktualisiert, das durch den „Imperativ der moralischen Ächtung des Faschismus“ linker Militanz in linksradikalen Diskursen theoretisch und praktisch neue Legitimation verlieh. Wird man also linke Militanz im Osten thematisieren wollen, wird dies nicht ohne die Kenntnis von Aktions- und Reaktionsmustern, von (rechten) Hegemonien und Angriffen funktionieren. Erst wenn man diese Bedrohungslage ernst nimmt, kann ein Diskurs über die (gewaltfreie) Erlangung von Gegenhegemonie überhaupt gelingen.

¹³ Paul-Siewert, Benjamin / Jähncke, Christin: Von der aufgezwungenen Selbstverteidigung zur Gegenmacht. Subjektive Militanzverständnisse in Zeiten des Umbruchs, in: Dies. (Hg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung, Münster 2017, S. 69-114, hier S. 113f.

DISKUSSIONSFRAGEN

- A) WELCHE STICHWORTE LINKSRADIKALER GESELLSCHAFTSKRITIK FALLEN IHNEN EIN? WAS WISSEN SIE ÜBER DIE VORLÄUFER DER HEUTIGEN LINKSRADIKALEN?
- B) LASSEN SICH DIE VERHÄLTNISSE IN OST UND WEST VERGLEICHEN, WELCHE KONFLIKTE SIND ALT, WELCHE NEU?
- C) WELCHE ROLLE SPIELEN DIE „VERHÄLTNISSE“, WELCHE LEGITIMATION ERGIBT SICH AUS DEM „RECHTSRUCK“ IN DER GESELLSCHAFT, AUS ESKALIERENDER GEWALT UND SPRACHE VON RECHTS?

WEITERLESEN

Jänicke, Christin / Paul-Siewert, Benjamin (Hg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung, Münster 2017.

Schöppner, Horst: Antifa heißt Angriff!: militanter Antifaschismus in den 1980er-Jahren, Hamburg 2015.

Rucht, Dieter (Hg.): Protest in der Bundesrepublik: Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt/Main 2001.

5. RECHTLICHE / HISTORISCHE / BEGRIFFLICHE FALLBEISPIELE

RECHTSSTAATLICHKEIT IM WANDEL

Der Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes 1985

Kaum ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist für die Auseinandersetzung mit linker Militanz von so erheblicher Bedeutung wie der sog. „Brokdorf-Beschluss“. Vor dem Hintergrund eskalierender Konflikte in Brokdorf und Grohnde Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre – die in ihrer kriegerischen Anmutung die Bilder des G20-Gipfels in Hamburg locker in den Schatten stellen – erwiesen sich die Richterinnen und Richter in Karlsruhe als Verteidiger und Reformatoren des Demonstrationsrechts. Denn trotz der Eskalationen markierte der Richterspruch einen „Wendepunkt“ in der (Rechts-)Geschichte der Bundesrepublik: Massenprotest galt fortan nicht mehr „als illegitimer Angriff auf das wohlgeordnete Gemeinwesen“. Sondern „das Recht des Bürgers, durch Ausübung der Versammlungsfreiheit aktiv am politischen Willensbildungsprozeß teilzunehmen“, wurde „zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens“¹⁴ erklärt. Obwohl der Protest „um die nötige Aufmerksamkeit und Empörung zu wecken, nicht selten bis an den Rand des Erlaubten“ ging – und nicht nur das:



¹⁴ Lepsius, Oliver: Versammlungsrecht und gesellschaftliche Integration, in: Doering-Manteuffel, Anselm u. a., Der Brokdorf-Beschluss, Tübingen 2015, S. 113-165, hier S. 114.

„hin und wieder testeten sie diesen Rand auch bewusst aus, um ihr Protestanliegen durch exzessive Gegenwehr der staatlichen Kräfte nicht nur inhaltlich, sondern auch formell zu legitimieren.“¹⁵ – gilt in langer Sicht der gesellschaftliche und höchstrichterliche Umgang mit diesem Protest als Wegmarke der bundesrepublikanischen Demokratiegeschichte.

Ziviler Ungehorsam

Bemerkenswert ist, dass entgegen der gängigen „Law and Order“-Argumente, die im Zusammenhang mit unkonventionellem Protest oft viel Platz in der öffentlichen Debatte einnehmen, aus demokratietheoretischer Sicht ein gewisser Konsens über die Notwendigkeit zivilen Ungehorsams zu bestehen scheint. Angesichts der Diversität der Bewertungen zeigt sich, dass der zivile Ungehorsam zu den Grauzonen des Politischen gehört, sein politischer, moralischer und bis zu einem gewissen Grad auch verfassungsrechtlicher Status bis heute ungeklärt geblieben ist. Auch die Frage danach, welche konkreten Aktionsformen im Rahmen zivilen Ungehorsams denkbar sind, bleibt ungeklärt. Gegenüber denen, die jeden „illegalen Protest“ ablehnen, gibt es jene, die in der Idee des zivilen Ungehorsams quasi-revolutionäre Möglichkeiten sehen, selbst wenn Gewalt nicht kategorisch ausgeschlossen wird.



Der „Radikalenerlass“ 1972

Der „Radikalenerlass“ wurde im Jahr 1972 gemeinsam von der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und den deutschen Ministerpräsidenten verabschiedet. Er sollte „Extremisten“ vom Eintritt in den öffentlichen Dienst abhalten, beziehungsweise

Bedienstete, die als „verfassungsfeindlich“ galten, aus dem öffentlichen Dienst entfernen. In der Regel wurden bei Neueinstellungen Anfragen an die Ämter für Verfassungsschutz gerichtet, die wiederum ihre Erkenntnisse über die „Ver-

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Vgl. im Folgenden Rigoll, Dominik: Der Radikalenerlass von 1972 und seine Folgen, URL: http://www.berufsverbote.de/tl_files/Kassel2017/Rigoll_KS28-10-17.pdf, S. 6.

fassungstreue“ der Bewerber an die öffentlichen Stellen weiterleiteten.¹⁶ Etwa 1000 bis 2000 Personen wurde die Anstellung im öffentlichen Dienst untersagt oder man entließ sie aus dem Staatsdienst. Obwohl der „Radikalenerlass“ auf „Extremisten“ in beiden politischen Lagern zielte, traf er vor allem Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und Sympathisanten linker und linksradikaler Gruppierungen.

Der „Radikalenerlass“ kann nur im zeithistorischen Kontext verstanden werden. 1969 hatte eine sozialliberale Koalition die Regierung übernommen und setzte auf Entspannungspolitik mit den Ostblockstaaten – vor allem aber der DDR. Von Seiten der Oppositionsparteien CDU/CSU wurde dabei den regierenden Sozialdemokraten unterstellt, sich an den Kommunismus im In- und Ausland anzunähern. Insofern kann der Radikalenerlass als eine Folge des politischen Drucks auf die sozialliberale Regierung interpretiert werden. Die aufkommende Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre und die Neugründung der von der DDR finanzierten DKP im Jahr 1968 ließ zudem die Angst vor einem kommunistischen Systemwechsel aufkeimen. Die ausgegebene Formel des linken Studentenfürhlers Rudi Dutschke, einen „Marsch durch die Institutionen“ anzustreben, bestärkte nicht nur in konservativen Kreisen die Befürchtungen einer Unterwanderung des Staatsdienstes.

Kritik gegen den „Radikalenerlass“ kam von politischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Akteuren. Aber auch aus dem Ausland wurden vehement Stimmen laut, die in dem deutschen „Radikalenerlass“ einen Rückfall in totalitäre Zeiten sahen. Obwohl er 1979 von der sozialliberalen Regierung in dieser Form abgeschafft wurde, hielten einige Bundesländer bis in die 1990er Jahre daran fest.¹⁷ Für viele Betroffene, insbesondere angehende Lehrer, wurde die berufliche Perspektive beschränkt, beziehungsweise durch Berufsverbote gänzlich zerstört. Langjährige und zermürbende Prozesse über Wiederanstellung und Entschädigung folgten. Bis heute ist dieses Kapitel der deutschen Geschichte wissenschaftlich nicht gründlich auf-

¹⁷ Siehe hierzu auch Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: Parlamentarische und zivil-gesellschaftliche Initiativen zur Aufarbeitung des sogenannten Radikalenerlasses vom 28. Januar 1972, URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/531136/a0a150d89d4db6c2bdae0dd5b300246d/wd-1-012-17-pdf-data.pdf>.

gearbeitet worden.

GEWALT UND BIOGRAFISCHE DIFFERENZ

Es gibt weder einen Automatismus von linker Radikalität zur Gewalt noch eine zwingende Verbindung von radikaler Ideologie und freigesetzter Gewalt. Umgekehrt gilt aber auch: Es gibt keinen automatisch greifenden Schutzmechanismus, der sich wie eine unsichtbare Mauer zwischen Gewablehnung, theoretischer Gewaltlegitimation und realer Gewaltanwendung errichten lässt. Gewalthandeln entspringt immer einer individuellen Gewalterfahrung. Hier liegt der Grund sowohl von Gewaltrechtfertigung wie auch von Gewaltverzicht.¹⁸

»Vier, fünf Stunden hat die Schlacht getobt, auch rundrum auf den Straßen. Dort hab' ich zum ersten Mal Leute richtig ausrasten und auf die Bullen los schlagen sehen. Das kannte ich noch nicht. Wir sind aus der Waldbühne raus und in den S-Bahnzügen ging das weiter. Die gehörten dem Osten und eigentlich war es ja sogar offiziell erlaubt, die kaputt zu machen. Am nächsten Tag haben wir uns wieder in Tegel getroffen. Zwar nicht alle 200, aber doch ziemlich viele. Und auf einmal kanntest du alle! Darunter waren viele wie zum Beispiel der Shorty, Knolle und Bommi Baumann, die später dann beim 2. Juni waren.«¹⁹

Was der später u. a. wegen Entführung eines CDU-Politikers verurteilte Ralf Reinders hier – vor dem Hintergrund der nach Ende des berühmten Waldbühnen-Konzerts der Rolling Stones am 15. September 1965 eskalierenden Gewalt zwischen Jugendlichen und Polizei – beschreibt, ist folgender Zusammenhang: gewaltsamer Protest, egal von welcher Seite die Eskalation kommen mag, kann in eine Richtung

¹⁸ Kraushaar, Wolfgang: Prügel, die prägen? Wie Gewalt bei Großveranstaltungen Biografien formt, in: INDES, Jg 2. (2012), H. 3, S. 6–20.

¹⁹ Ebd., Das Zitat entstammt Reinders, Ralf / Fritsch, Ronald: Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebellen, Lorenzentführung, Knast, Berlin 1995, S. 15.

abdriften, die weit über situative Konfrontationsgewalt hinausreicht, aber dies nicht zwingend muss.

Deradikalisierung wiederum lässt sich gut zeigen am Beispiel der Frankfurter Sponti-Bewegung. Nach Bekanntwerden des Todes von Ulrike Meinhof kam es am 10. Juni 1976 in Frankfurt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen linksradikalen Spontis und Polizei, bei denen ein Polizist schwer verletzt wurde. Dieses Ereignis bedeutete eine entscheidende Zäsur für die Frankfurter Spontis. Joschka Fischer, einer ihrer führenden Köpfe, hielt kurz darauf eine bemerkenswerte Rede, in der er jede von Politik entkoppelte Gewalt kritisierte und feststellte, dass militante Aktionsformen nach dieser Eskalation an ihre Grenzen gekommen sind.

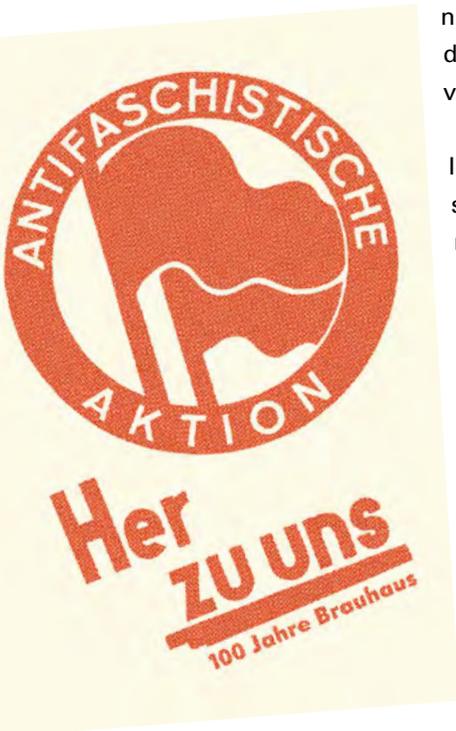
Dies ist nur eines von vielen weiteren biografischen Beispielen, von denen ausgehend sich linker Radikalismus auf kurze Sicht von der Gewalt verabschiedete und auf lange Sicht die Bundesrepublik als verteidigungswürdige Idee akzeptierte. Ob sich der Weg abkürzen lässt, ist fraglich. Über Wege wie diesen zu reden aber erscheint lohnend, schließlich entstammen dem radikal linken Milieu der siebziger Jahre in der Bundesrepublik ein späterer Außenminister, ein späterer Umweltminister, Staatssekretäre, wichtige Journalisten, Leiter von Parteistiftungen und transatlantischen Think-Tanks, Europaabgeordnete, auch viele linke Kulturschaffende – ebenso aber auch eine lange Reihe rechter und rechtsradikaler Renegaten („Überläufer“).

6. WEITERE DISKUSSIONSTHEMEN

„RECHTSEXTREMISMUS MIT LINKSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN“? – DIE DEBATTE UM DIE BAND *FEINE SAHNE FISCHFILET*

Kaum eine Debatte über Linksextremismus im Jahr 2018 ist so emotional und verhärtet geführt worden wie jene um die Auftritte der Band *Feine Sahne Fischfilet* beim ZDF@Bauhaus und im Rahmen des „Wir sind mehr“-Konzertes in Chemnitz. Anhand der Aussagen und Erklärungen von Parteien, des Verfassungsschutzes, der Veranstalter, der betroffenen Band, anderer Künstlerinnen und Künstler, Einordnungen aus dem linken und rechten Spektrum und der medialen Bearbeitung des Themas lässt sich die viele Aspekte umfassende Debatte rekonstruieren.

Im Oktober 2018 sagte die Stiftung Bauhaus Dessau das Konzert mit der Begründung ab, es könne rechte Proteste geben. Im Vorfeld des „Wir sind mehr“-Konzertes in Chemnitz wurde die Teilnahme der Band kritisiert, da sie vom Verfassungsschutz beobachtet würde. Rechtsextremismus mit Linksextremismus bekämpfen sei falsch, äußerten Teile der Politik. Dabei sind die Belege, mit der der Band *Feine Sahne Fischfilet* Linksextremismus unterstellt wird, alles andere als unumstritten. Für den sächsischen Verfassungsschutz reichten gar Rufe wie „Nazis raus“ und „Alerta!“, um das ganze Konzert unter Linksextremismus-Verdacht zu stellen. So vehement diese Einschätzung dann auch vom sächsischen Innenminis-



ter zurückgewiesen wurde, so sehr berührt die Debatte eine grundsätzliche Frage: Ist Antifaschismus ein linksradikales bzw. sogar linksmilitantes Projekt oder vielmehr demokratische Grundhaltung und wie weit dürfen Bündnisse im Kampf gegen rechts reichen?

Man weiß nur wenig Genaues (aber vermutet sehr viel) über die Rolle linker Militanz im Kampf gegen Rechtsextremismus. Klar ist, dass sich die radikale Linke als Kämpferin gegen die rechte Ideologie und Gewalt sieht, unklar ist die Wahl der Mittel. Gerade für Sachsen bedeutet dies den Kampf gegen „sächsische Verhältnisse“, die Umschreibung eines politisch, juristisch und polizeilichen Komplexes, der dem gesellschaftlichen Rechtsruck nicht genügend entgegenstelle, diesen schlimmstenfalls gar fördere. Die Frage, ob und wie man sich gegen eine mögliche AfD-Regierungsbeteiligung zur Wehr setzt, bleibt umstritten (wohl auch wegen der Schwierigkeit, rechte von rechtsextremen Strömungen in der Partei zu unterscheiden) und reicht von klandestinen und offen militanten Aktionen bis hin zum Bemühen um breite gesellschaftliche Bündnisse. Der Antifaschismus spielt insofern eine wichtige Rolle, als er schon immer als kleinster gemeinsamer Nenner linke Gruppen vereinte, allerdings gehen hier die Meinungen weit auseinander, ob man „Antifaschismus als Hebel für antiimperialistische, revolutionäre Politik“ (Autonome Antifa (M)) nutzen sollte, also revolutionär ausdeutet, ob „militanter Selbstschutz“²⁰ wichtiger ist, oder ob letztlich ein breiteres bündnisorientiertes „Zivilgesellschaftskonzept“ Erfolg verspricht.²¹ „Die“ radikale Linke ist sich alles andere als einig. Vom Beharren auf dem Recht auf Gewalt gegen Sachen, aber auch Personen bis hin zur Ablehnung von Gewalt (außerhalb des Selbstschutzes) reichen hier seit Jahren die kontroversen Positionen.

²⁰ Vgl. Säfken, Christian: Der demokratische Rechtsstaat und die Legitimität der Gewalt, 13.01.2019, URL: <http://christian-saefken.de/der-demokratische-rechtsstaat-und-die-legitimitaet-der-gewalt/>.

²¹ Vgl. bereits Autonome Traditions-Antifas: Wir sind die Guten. Ein Abriß zur Antifa-Politik, interim 509 v. 7.9.2000, URL: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0900/t260900.html>.

LITERATUR:

van Lijnden, Constantin: Jenseits des guten Geschmacks, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.09.2018, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-texte-der-linksextremen-bands-von-chemnitz-schockieren-15779272.html>.

Laschyk, Thomas: Faktencheck eines rechten Mythos: Ist „Feine Sahne Fischfilet“ linksextrem?, in: Der Volksverpetzer, 25.10.2018, URL: <https://www.volksverpetzer.de/analyse/feine-sahne-fischfilet/>

O.V.: Linksextreme Band „Feine Sahne Fischfilet“ tritt bei „zdf@bauhaus“ auf, in: AfD kompakt, 17.10. 2018, URL: <https://afdkompakt.de/2018/10/17/linksextreme-band-feine-sahne-fischfilet-tritt-bei-zdfbauhaus-auf/>

Hufmann, Matthias: Aber bitte mit Sahne, in: Die Zeit, 10.09.2015, URL: <https://www.zeit.de/2015/37/feine-sahne-fischfilet-linke-band-verfassungsschutz>.

Film: Wildes Herz, D 2017, Regie: Charly Hübner.

GEWALT ALS „LEGITIMES MITTEL“?

Der Umgang mit der rechten Bedrohung hat in radikalen, aber auch gemäßigt linken Kreisen immer wieder die Frage nach der Legitimität von Gewalt aufgeworfen. Anhand einer auch sehr biographisch geprägten Debatte²² in der *tageszeitung* lassen sich Positionen zu Gewalt für die weitergehende Diskussion mit Jugendlichen herausdestillieren. Eine diesbezügliche Materialsammlung, eine darauf aufbauende Debatte, dürfte, auch aufgrund des Publikationsortes dem Phänomen nicht nur gerecht werden, es ermöglicht auch ein Sich-Hineinversetzen in die Protagonisten der Debatte. Ausgangspunkt der Debatte war die Feststellung eines Autoren der *tageszeitung*, dass nur militanter Selbstschutz tatsächlichen Schutz gegen Neonazi-Überfälle böte, dass „Keine Gewalt“ nur für jene gelten könne, die selbst nicht von ständiger Gewalt bedroht sind.²³ Dem wurde entgegengehalten, dass Gewalt die „Büchse der Pandora“ öffne, „militante Gegengewalt“ sei eben gerade keine „legitime Vorwärts-Verteidigung.“ Vielmehr könne „nur gewaltfreier zivilgesellschaftlicher Protest den Nährboden für rechte Gewalt entziehen“. Zudem wohne „privatisierter Gewalt“ die gefährliche Eigenschaft inne, sich verselbständigen zu können.²⁴ Gleichwohl, bei aller Kritik an „individuellen Attacken gegen Rechte, jenseits von Notwehr“, die „das Ziel einer Gesellschaft ohne Rassismus nicht näher“ brächten, findet auch Stefan Reinecke in seiner Entgegnung Belege für „nützliche politische Gewalt“, ohne den Gewaltbegriff näher zu explizieren, etwa in Bezug auf den Protest gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf oder im Kampf um besetzte Häuser. Ähnlich argumentiert auch Albert Scherr, allerdings explizit unter Verweis auf gewaltfreie militante Aktionen: „Es war auch ein militanter linker Aktionismus, der in Deutschland zur Weiterentwicklung des Demonstrationsrechts geführt hat. Auch die heute selbstverständliche Verankerung von Demokratie und Partizipation in Schulen ist nachweislich Folge einer linken Kritik autoritärer Strukturen. Ohne militante Proteste gegen die Atomindustrie wäre es nicht zum

²² Die Sammlung der Texte findet sich unter der URL: <https://taz.de/Wie-umgehen-mit-Rechten/!t5567883/7x>.

²³ Sander, Salon: Die Gewaltfrage, in: die tageszeitung, 15.01.2019.

²⁴ Reinecke, Stefan: Vendetta gegen Rechte öffnet das Tor zur Hölle, in: die tageszeitung, 19.01.2019.

Atomausstieg gekommen, usw. Militanz, verstanden als gewaltfreies, aber kämpferisches Engagement in sozialen Konflikten, ist also keineswegs generell problematisch und abzulehnen, sondern hat sich auch als ein Lebenselixier der Demokratie erwiesen.“²⁵

Noch deutlicher geht die taz-Autorin Silke Mertins mit jenen in radikal linken Kreisen existenten gewaltlegitimierenden Ansätzen ins Gericht: „Die Antifa und ihre Sympathisanten begehen jedoch einen gewaltigen Denkfehler, wenn sie sich als die Erben des Widerstands gegen die Nazis sehen. Aus einem schlichten Grund: Wir leben nicht in einem faschistischen Staat. Die Antifa geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Mancherorts mag der Rechtsstaat schwach sein, die Polizei gegenüber Neonazis zu passiv und der Verfassungsschutz auf dem rechten Auge blind. Hier muss man die Durchsetzung von Recht, Gesetz und den Schutz von bedrohten Menschen einfordern, statt die Dinge als linksautonome Bürgerwehr selbst in die Hand zu nehmen und es Widerstand zu nennen.“ Schließlich habe „das Grundgesetz uns mit allem ausgestattet, was wir brauchen, um als Demokratie auch Krisen zu meistern. Politische Gewalt ist deshalb falsch, nicht nur taktisch, weil es die AfD und die neurechte Bewegung stärkt, sondern grundsätzlich.“²⁶

Wir möchten dringend empfehlen, diese Texte zum Einstieg zu diskutieren, dies zumal der viel kritisierte, auf die Region Leipzig bezogene Ausgangstext als Einstieg für intensive Debatten geeignet ist.

²⁵ Scherr, Albert: Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus? Fallstricke, Herausforderungen und Perspektiven der Diskurse über Linksextremismus und linke Militanz, in: Meinhardt, Anne-Kathrin / Redlich, Birgit (Hg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Göttingen 2020, i.E.

²⁶ Mertins, Silke: Antifa ohne Faschismus, in die tageszeitung, 31.01.2019; Bettina Gaus, Kokett und gefährlich, in: die tageszeitung, 29.01.2019.

FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG UND ANTIKAPITALISMUS

Ein wenig durchdrungener, aber zentraler Konflikt linker Radikalität ist die Haltung zum Kapitalismus. Nicht selten geht Kritik an gesellschaftlichen Missständen Hand in Hand mit der Forderung nach einer Abschaffung bzw. Überwindung des Kapitalismus. Dies ruft Kritiker auf den Plan, die damit den Bestand der Demokratie gefährdet sehen und die das Zurückführen aller „gesellschaftlichen Übel auf die kapitalistische Klassengesellschaft“²⁷ schon als Indiz für Linksextremismus nehmen.

Wenn Extremismus als Gegnerschaft zur FDGO verstanden wird, wie in der engen Lesart der Extremismustheorie oder in Teilen des Verfassungsschutzes, muss auch darauf hingewiesen werden, dass das Grundgesetz selbst keine Präferenz für eine Wirtschaftsordnung erkennen lässt. Dies ist insofern von aufklärerischem wie pädagogischem Wert, als dass die Analyse bestehender Verhältnisse im weiten Rahmen des Grundgesetzes die Überwindung des Kapitalismus sehr wohl mitdenken darf. Beispielsweise kann im Kampf gegen „Gentrifizierung“ die Enteignung von Wohnraum eine legitime Forderung sein, solange sie im Rahmen grundgesetzlich konformer Verfahren bleibt. Es muss also unterschieden werden zwischen einer Kapitalismuskritik, die auf einem unzureichenden und falschen Verständnis der grundgesetzlichen Ordnung fußt, und einer vor dem Grundgesetz zulässigen Form fundamentaler Kritik von Wirtschaftsordnung und dem Modus politischer Konfliktaustragung.



²⁷ Jesse, Eckard: Grundlagen, in: Ders. / Mannewitz, Tom (Hg.), Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018, S. 23–58, hier S. 34.

Ziel müssen politische Bildungsangebote sein, die Kapitalismuskritik, Staatssozialismus und Rechtsstaatlichkeit verbinden, um einerseits naiven und einseitigen Deutungen vorzubeugen und andererseits Komplexitätsreduktionen zu vermeiden, die in einer Legitimierung von Gewalt gegen staatliche Stellen münden können (nicht zwangsläufig müssen). Wissen um Kapitalismuskritik entfaltet durchaus präventive Wirkung, ohne sie selbst der Gewaltlegitimation zu verdächtigen. Scherr empfiehlt a) Gewaltdiskurse nicht allein an Extremismus zu knüpfen, sondern an Diskurse über Männlichkeit, b) Versuche zu starten, gewaltlegitimierende Personengruppen mit potentiellen „Gegnern“ (etwa Polizisten) ins Gespräch zu bringen und c) in der (staatlichen, bildungspolitischen) Ansprache, „sich dezidiert und glaubwürdig von einer pauschalen Problematisierung linker Gesellschaftskritik“ zu distanzieren.²⁸

²⁸ Vgl. Scherr, Albert: ebd.

7. FORSCHUNGS- UND BERATUNGS- STELLEN / MÖGLICHKEITEN DER WEITERBILDUNG

Auffällig ist, dass die Forschungs- und Beratungslandschaft sehr zerklüftet, zugleich aber überschaubar ist und dass Beratung längst nicht nur von unabhängiger Seite stattfindet, sondern nach wie vor sehr stark aus dem Bereich der Sicherheitsbehörden²⁹ orchestriert wird:

Bereits 2010 hat der Verfassungsschutz NRW den Comic „ANDI 3 – Linksextremismus. Voll die Randale“ herausgegeben, der auch vom niedersächsischen Verfassungsschutz nachgedruckt wurde.

Darüber hinaus gibt es aktuell ein reichhaltiges Informationsangebot bspw. des niedersächsischen Verfassungsschutzes zu Linksextremismus und „Autonome[r] Gewalt“ sowie eine Internetpräsenz des bayrischen Verfassungsschutzes mit dem im Juni 2018 veröffentlichten Video „10 Tipps, wie du dich nicht verarschen lässt. Dieses Mal von autonomen Linksextremisten“.

Darüber hinaus gibt es Aussteigerprogramme Linksextremismus wie etwa „Left“ NRW oder des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

²⁹ Hier stellt sich die Frage, in wie weit der Verfassungsschutz eine Aufgabe der politischen Bildung hat bzw. haben sollte, und ob dies die geeigneten Mittel zur zielgruppengerechten Ansprache sind, sowie ob die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses beachtet werden. Uwe Rossbach äußert sich beispielsweise wie folgt dazu: „Das niedersächsische Beispiel belegt allerdings die pädagogischen Abgründe, die aus einer institutionellen Verfilzung von Verfassungsschutzämtern mit Jugendbildung resultieren: es kommt zu demokratiepädagogische [sic!] Trockenübungen mit realitätsfern angelegten ‚Konstellationen‘, ‚Situationen‘ und ‚Weltbildern‘ aus den Idealwelten eines Sicherheitsapparats.“ Rossbach, Uwe: Was bleibt von der Linksextremismusprävention?, in: Journal für Politische Bildung 04/2012, S. 63–64.

Einige beispielhafte Träger seien kurz erwähnt, die im Themenfeld linke Militanz / linker Radikalismus / Linksextremismus agieren oder agierten.

Projekte, die sich direkt am sicherheitsbehördlichen bzw. extremismustheoretischen Verständnis von Linksextremismus orientieren und die Begrifflichkeiten sowie Definition übernehmen:

- ***Gedenkstätte Berlin Hohen-Schönhausen, Deutsche Gesellschaft e.V.***

Projekte, die sich dem Linksextremismuskonzept kritisch nähern, aber ausgehend davon versuchen, konkrete Ansatzpunkte zu finden:

- ***EJBW Weimar: Reflexionen nach drei Jahren Praxis mit mehreren Workshops und über 400 Teilnehmenden: die Extremismustheorie sei „ein ungeeignetes Instrument, um antidemokratische, gewaltbereite und linksextremistische Strömungen und Tendenzen einzuordnen“.***³⁰

Projekte mit einem distanzierten Bezug zur Kategorie Linksextremismus:

- ***Amadeo-Antonio-Stiftung mit einem Projekt gegen israelbezogenen Antisemitismus in der linken Strömung des Antiimperialismus.***

Weitere Beratungs- und Weiterbildungsstellen

- ***Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt zum Thema Antisemitismus***
- ***KiGa e.V. Berlin (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus) zum Thema Antisemitismus***
- ***Beratungs- und Bildungsstelle „ANNEDORE“ für Demokratie, Recht und Freiheit zur phänomenübergreifenden Radikalisierungsprävention***

³⁰ Lohe, Christian-Friedrich u.a.: Fokus (Links-)Extremismus? Entwicklungen und (Zwischen-)Ergebnisse des Projektes „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln, URL: https://www.ejbweimar.de/workspace/dokumente/schreibeis_lohe_beier_focus-linksextremismus.pdf, S. 6.

8. EINFÜHRENDE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR

LINKE MILITANZ

- Deycke, Alexander u. a.: Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2019.
- Schuhmacher, Nils: Linke Militanz – Inhalte, Dynamiken und Etikettierungen von Moralunternehmenschaft. Schriftliche Fassung des gleichlautenden Vortrags, gehalten auf dem Fachaustausch im Themenfeld linke Militanz im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ am 19.9.2016 in Berlin.
- Schultens, René/Glaser, Michaela (Hg.): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Deutsches Jugendinstitut e. V, Halle 2013.

DIE AUTONOMEN

- Farin, Klaus: Die Autonomen, Berlin 2015.
- Haunss, Sebastian: Die Autonomen. Eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus, in: Schultens, René / Glaser, Michaela (Hg.): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Deutsches Jugendinstitut e. V., Halle 2013, S. 26–46.
- Haunss, Sebastian: Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung, in: Roth, Roland u. a. (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 505–532.

LINKS

- <https://www.archivbremen.de/cgeschic/geschsb.htm>
(Linksammlung zu linken Bewegungen)
- <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/>

AUTONOMER ANTIFASCHISMUS

- Schuhmacher, Nils: Gewalt in der Antifa. Mythos und Realität, in: DJI-Impulse, Nr. 109/2018, S. 11–13.
- Jänicke, Christin / Paul-Siewert, Benjamin (Hg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung, Münster 2017.
- Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014.
- Schuhmacher, Nils: „Nicht nichts machen“? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa, Duisburg 2014.
- Schuhmacher, Nils: Sich wehren, etwas machen. Antifa-Gruppen und -Szenen als Einstiegs- und Lernfeld im Prozess der Politisierung, in: Schultens, René / Glaser, Michaela (Hg.): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Deutsches Jugendinstitut e. V, Halle 2013, S. 47–70.

JUGENDPROTEST

- Jaeger, Alexandra u. a. (Hg.): Den Protest regieren. Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren, Essen 2018.
- Herrman, Ulrich (Hg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Weinheim 2002.
- Lindner, Werner: Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn, Studien zur Jugendforschung, Opladen 1996.

LINKER PROTEST

- Löhnig, Martin u. a. (Hg.): Ordnung und Protest. Eine gesamtdeutsche Protestgeschichte von 1949 bis heute, Tübingen 2015.
- Rauh, Cornelia / Schumann, Dirk (Hg.): Ausnahmestände. Entgrenzungen und Regulierungen in Europa während des Kalten Krieges, Göttingen 2015.
- März, Michael: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates“ 1977–1979, Bielefeld 2012.
- Rucht, Dieter (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt a. M. 2001.

BILDNACHWEIS

Titel: Foto „Streetballplatz am Connewitzer Kreuz (2017)“, Pere Ubu, stark verändert, <https://de.wikipedia.org/wiki/Connewitz#/media/Datei:Streetballplatz-connewitzer-kreuz.jpg>, CC BY-SA 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.

S. 6: Foto „Fuori i nazisti“, Angela Schlafmütze, <https://www.flickr.com/photos/signorabovary/13240705413/>, CC BY-NC-ND 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/>.

S. 7: Foto „#WirSindmehr“, strassenstriche.net, <https://www.flickr.com/photos/strassenstriche/30586809288>, CC BY-NC 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/>.

S. 15: Foto „Studierende der Christian-Albrechts-Universität (CAU) protestieren gegen den Tod des Berliner Kommilitonen Benno Ohnesorg“, Friedrich Magnusen, Stadtarchiv Kiel, 19.035, <https://fotoarchiv-stadtarchiv.kiel.de/zvimg.FAU?sid=D4040E38&dm=1&qpos=19038&erg=A&ipos=1&rpos=fotos.jpg&hst=1>, CC BY-SA 3.0 DE, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>.

S. 16: Foto „4.8.90 Berlin: Hausbesetzer aus Ost- und Westberlin trafen sich am Frankfurter Tor, um gemeinsam zu erreichen, daß der Magistrat die seit Anfang Juni laufenden Gespräche mit dem Vertragsgremium der Ostberliner Hausbesetzer fortgesetzt. Diese drohten nach Hinweisen aus der Stadtverwaltung auf mögliche Polizeigewalt zwecks Räumung der besetzten Häuser zu platzen. Gleichzeitig machten die fast 1.000 Demonstranten auf die drohende Wohnraumkatastrophe im Ostteil der Stadt aufmerksam.“ Bern Settnik, Bundesarchiv, Bild 183-1990-0805-303, [https://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/_1568881759/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=1](https://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/_1568881759/?search[view]=detail&search[focus]=1), CC-BY-SA 3.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>.

S. 17: Foto „Demonstration in Hamburg mit Schwarzem Block an der Demospitze“, Autonome NewsflasherInnen, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Black_Bloc_Hamburg.jpg, CC BY-SA 2.0 DE, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/deed.en>.

S. 22: Foto Weihnachtsfeier Antifa e.V., Strassenstriche.net, <https://www.flickr.com/photos/strassenstriche/23076044624>, CC BY-NC 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/>.

S. 25: Foto „Polizeieinsatz gegen die Demonstration gegen das AKW Brokdorf“, Hans Weingartz, https://de.wikipedia.org/wiki/Gro%C3%9Fdemonstration_bei_Brokdorf#/media/Datei:Brokdorfdemo.jpg, CC BY 3.0, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>.

S. 26: Foto Bundesweiter Streik der Universitäten und Fachhochschulen 1976/77 in Westdeutschland und Berlin. Demonstration gegen Berufsverbote am 28.01.1977 in Berlin, W. Hermann, FU 76/77 2.3, <http://www.weltgegend.de/ends/fotoarchiv.html#20>, CC BY-SA 3.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>.

S. 30: Foto „100 Jahre Bauhaus“, Besorgte Bauhäusler, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?search=besorgte+bauh%C3%A4usler&title=Special:Search&go=Seite&uselang=de&ns0=1&ns6=1&ns12=1&ns14=1&ns100=1&ns106=1#/media/File:Feine_sahne_fischfilet_bauhaus_dessau_besorgte_bauh%C3%A4usler_aufkleber_Seite_1.jpg, CC BY-SA 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>.

S. 35: Foto „Kampf dem Kapital“, Sascha Grosser, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sascha_Grosser_-_Kampf_dem_Kapital.jpg, CC BY-SA 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>.

Alle Grafiken: Tanja Wehr, <https://www.sketchnotelovers.de/>.

IMPRESSUM

Verfasser:

Bundesfachstelle Linke Militanz

Institut für Demokratieforschung

Georg-August-Universität Göttingen

Weender Landstraße 14

37073 Göttingen

kontakt@linke-militanz.de

www.linke-militanz.de

Verantwortlich:

Bundesfachstelle Linke Militanz

Satz/Layout:

Heilmeyer und Sernau Gestaltung

Göttingen 2019

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Die vorliegende Broschüre wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Erstellt von:

BUNDESFACHSTELLE
LINKE MILITANZ